



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petzschelle 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Der Kampf gegen das Koalitionsrecht. (I.) — Zwang und Freiheit. (II.) — Neuigkeiten: Die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden. (III.) — Die Lohnbewegung im Leipziger Steindruckergewerbe. — Die Arbeiterin und die Mode. — Korrespondenzen (Hannover, Stempfen i. Ungarn, Regensburg). — Versammlungskalender. — Statistik.

**Beilage:** Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Jena. — Der Klassenkampf in England. — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 17. bis 23. September ist die Beitragsmarke in das mit 38 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Der Kampf gegen das Koalitionsrecht.

I.

**Bessere Lebensbedingungen der Arbeiter. — Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Industrie.**

Bessere Lebensbedingungen der Arbeiter, das ist eine Forderung der menschlichen Vernunft, der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt. Kennzeichnend für die herrschende Gesellschaftsordnung aber ist es, daß diese Forderung in der Hauptsache von den arbeitenden Klassen erhoben und geltend gemacht wird — daß schwere wirtschaftliche und politische Kämpfe notwendig sind, um dieser Forderung auch nur einigermaßen gerecht zu werden. Es ist die unbegrenzte Ausbeutungs- und Profitgier der bestehenden und herrschenden Klassen, die sich der Durchführung besserer Lebensbedingungen der Arbeiter hindernd in den Weg stellt. Es ist die sog. Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der kapitalistischen Unternehmungen, die zum Anlaß für die bestehenden und herrschenden Klassen geworden ist, sich mit Haß und Gewalt gegen die Durchführung besserer Lebensbedingungen der Arbeiter zu wenden.

Zwar fehlt es nicht an Beteuerungen bürgerlicher Kreise und Parteien, sich der anerkannt trostlosen Lage der arbeitenden Bevölkerung mit allem Nachdruck anzunehmen. Auch die Reichsregierung hat es an schönen sozialen Reden nicht fehlen lassen. Doch das wirklich Erfüllte steht in gar keinem Verhältnis zu den Versprechungen und zur tatsächlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung; Regierung und Bürgertum mußte sich schließlich gezwungen zu einigen Zugeständnissen bequemen, um der mächtig anwachsenden Arbeiterbewegung entgegenzuwirken. Immer aber wurde vor der Ausbeutungsfreiheit und der Profitgier Halt gemacht. Trotzdem jammern die Wortführer der Unternehmer und Arbeiterfeinde über den zunehmenden sozialpolitischen Ueberreifer der bürgerlichen Parteien und der Regierung — ja, sie sprechen allen Ernstes von einem Wettlauf der bürgerlichen Parteien um die Gunst der „urteils-

losen“ Massen des arbeitenden Volkes, der die Unternehmungen an den Rand der Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit bringen müsse.

So haben es denn die Arbeiterfeinde dahin gebracht, daß es kein bürgerlicher Politiker mehr ernstlich unternimmt, von der Notwendigkeit einer Besserung der Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes zu sprechen, ohne zugleich als Einschränkung die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Unternehmungen zu betonen, die unter der Arbeiterfreundlichkeit und Sozialpolitik nicht leiden dürfe. Aber die industriellen und agrarischen Scharfmacher haben es noch weiter gebracht. Bürgertum und Regierung huldigt heute mehr oder weniger scharfmacherischen und arbeitersindlichen Darstellungen und Tendenzen.

Hatte schon die arbeitende Bevölkerung schwer unter der Profitgier und Ausbeutungsfreiheit der kapitalistischen Gesellschaft zu leiden, so wurden die Leiden noch ganz erheblich verschärft durch eine künstliche Verteuerung der wichtigsten Gebrauchsgüter, Nahrungs- und Genussmittel. Die aufstrebende Arbeiterbewegung hatte nicht nur anzukämpfen gegen Profitgier und Sittenmoral des Unternehmertums, sondern mußte mit verstärkter Kraft gegen die alles verteuernde Wirtschaftspolitik der herrschenden und bestehenden Klassen ankämpfen. Ein Hauptfordernis der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung war es, in erster Linie der Verteuerung des Lebens mit erhöhten Lohnansprüchen zu begegnen, um auch nur einigermaßen die Lage der arbeitenden Klassen den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. Die Bedeutung der Gewerkschaften für die Arbeiterklasse wurde aber um so größer, je mehr sie sich zu wenden hatte gegen Ausbeutung und Lebensmittelteuerung; und je mehr der Wirkungskreis der Gewerkschaften durch Mitgliederzuwachs gewann, um so mehr konnte sie ihrer Aufgabe gerecht werden. Und in der Tat hat Profitgier und Teuerungspolitik in weitestem Maße dafür gesorgt, daß die Gewerkschaften sich in dieser Richtung glänzend entwickelten! Das gerade aber ist es, daß die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung erschüttert und daß die Arbeiterfeinde zu einem Verleumdungs- und Unterdrückungsfeldzug gegen die moderne Arbeiterbewegung anspornt, der immer mehr die Unterstützung weiterer Kreise des Bürgertums und der Regierung findet.

Der Kampf der Reaktion zur Unterdrückung der modernen Arbeiterbewegung richtet sich vornehmlich gegen das Koalitionsrecht. Ist einmal die Ankündigung des Streiks, das Streikpostensetzen, die Auffklärung der Arbeitswilligen und der Streik selbst unter Strafe gestellt, dann brauchen die Arbeiterfeinde nicht mehr zu fürchten, daß ihre Profit- und Ausbeutungsgier eingeschränkt wird. Dann ist der gewerkschaftliche Kampf lahmgelegt und ein weiteres machtvolleres Anwachsen der Gewerkschaften sowie ihre Werbekraft unterbunden!

Das Anwachsen der Gewerkschaften, die Werbekraft der Arbeiterorganisationen soll getroffen werden, obwohl die Reaktion vorgibt,

Terrorismus und Gewalttätigkeit gegen Unternehmer und Arbeitswillige bekämpfen zu wollen.

So schreibt die Arbeitgeberzeitung im Juni 1911 aus Anlaß des machtvollen Anwachsens des Metallarbeiterverbandes und anderer Gewerkschaften:

„Die Arbeitgeber werden gut daran tun, sich sowohl über die Bedeutung der Tatsache selbst, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband nunmehr etwa zwei Drittel der in diesem Beruf überhaupt tätigen Arbeiter eingemeindet hat, sowie darüber klar zu werden, daß eine derartige Machtvollkommenheit der Gewerkschaften deren Auftreten sicherlich nicht friedfertiger gestalten dürfte, als es bisher der Fall gewesen ist. Vor allem aber ist zu bedenken, daß die Werbekraft einer so gewaltigen Gemeinschaft sich aus tausend Gründen in rapidem Maße vergrößern muß und daß es demnach diejenigen immer schwerer wird, sich gegen den Zwang zum Beitritt zur Mehr zu setzen, die an und für sich mit den politischen und gewerkschaftlichen Zielen des Metallarbeiterverbandes nicht im geringsten sympathisieren. So ergeht denn auch bei dieser Gelegenheit von neuem unsere Mahnung dahin, daß die Arbeitgeber noch weit mehr, als es bisher der Fall gewesen ist, zum Schutz der nationalen Arbeiter eintreten, damit nicht in absehbarer Zeit die Koalitionsfreiheit tatsächlich zum Koalitionszwang wird, der die Andersgesinnten zu Sklaven einer jedes unbefangenen Urteils baren Majorität macht.“

Die Werbekraft einer so gewaltigen Gemeinschaft, wie sie sich heute schon in der modernen Arbeiterbewegung verkörpert, ist den Arbeiterfeinden schon Grund genug, um erneut zum Schutz der nationalen Arbeiter aufzurufen. Natürlich arbeiten die Scharfmacher mit direkten Unwahrheiten, um wenigstens den Schein einer berechtigten Grundlage für neue Ausnahmegeetze zu schaffen. Denn um Ausnahmegeetze gegen die moderne Arbeiterbewegung handelt es sich!

Die Unternehmer aller Richtungen sind sich darin einig, die den Organisationen der Arbeiter noch Fernstehenden vor der Werbekraft der Gewerkschaften durch gesetzliche Ausnahmebestimmungen und mit Hilfe der „Recht“sprechung des kapitalistischen Klassenstaates zu behüten. Dieser klassenstaatlichen Terrorismus nennen sie: Schutz der nationalen Arbeiter!

## Zwang und Freiheit.

II.

Die Koalitionsfreiheit in Deutschland beruht auf dem berühmten § 152 der Gewerbeordnung, wonach es den gewerblichen Arbeitern erlaubt ist, sich zum Zwecke der Eringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu organisieren; der Koalitionszwang wird im § 153 der Gewerbeordnung verboten und unter Strafe gestellt, insofern es nicht gestattet ist, abseits stehende Kollegen durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohung, Schwerkörperung oder Berufserklärung zu bestimmen, einer Organisation bei-

zutreten oder sie zu hindern, aus der Organisation auszutreten. Danach ist jeder gewalttätige Eingriff in die freie Selbstbestimmung des Individuums verboten, doch ist es keineswegs untersagt, einen moralischen Zwang anzuwenden und durch Ueberredung und Belehrung auf einen Außenseiter einzuwirken. Mit anderen Worten will das belegen, daß das Gesetz nicht jede Zwangsantwendung verurteilt, sondern nur eine solche, die das Recht und die Freiheit eines Kollegen in unzulässiger Weise beschränkt.

Es liegt in der Natur der Sache, daß über den Begriff moralischer Zwang und unberechtigter Zwang die Ansichten zwischen einem Scharfmacher und einem Gewerkschaftler meilenweit auseinandergehen. Wer in der Organisationslosigkeit ein unveräußerliches Menschenrecht erblickt, das nicht angetastet werden dürfe, der wird jede Agitation unter unorganisierten Leuten für einen Mißbrauch des Koalitionsrechts und ein todeswürdiges Verbrechen erklären, wer aber zu der Einsicht gekommen ist, daß die Organisationszugehörigkeit eine höhere Form menschlicher Betätigung ist, der kann es unmöglich verurteilen, wenn ein Unorganisierter in anständiger Form auf seine Pflicht gegenüber seinen Kollegen hingewiesen wird. Die kapitalistische Auffassung ist offenbar unsozial und ein Ausfluß des individualistischen Prinzips, das den Egoismus und das Interesse des einzelnen als ausschlaggebend betrachtet und keine Beschränkung duldet; die gewerkschaftliche Auffassung entspricht ohne Zweifel dem sozialistischen Prinzip, das den privaten Egoismus zurückdrängt und bei jedem Tun und Lassen eine Rücksichtnahme fordert auf das Wohl und Wehe anderer Menschen. Das erste Prinzip predigt der noch heute im Tierreich herrschende Kampf aller gegen alle und wird drastisch ausgedrückt in dem Satz: „Erz komme ich, dann komme ich noch mal, und dann kommt ihr andern noch lange nicht!“, das zweite Prinzip predigt den Solidarismus, die gegenseitige Hilfe, die den Fortschritt in Menschenreiche ermöglicht hat und sich in dem Satz zum Ausdruck bringen läßt: „Einer für alle und alle für einen!“ Welches Prinzip das Tun und Lassen eines Kulturmenschen bestimmen soll, kann wohl keinem Zweifel unterliegen.

Der Zweck des menschlichen Daseinskampfes, das Ziel, dem die Menschheit unter Ausbietung aller Kräfte entgegenringt, ist die Hebung der großen Masse des Volkes auf eine immer höhere Stufe körperlichen und geistigen Wohlfühns. Das größtmögliche Glück für die größtmögliche An-

zahl, das ist die kürzeste Formel, gewissermaßen der Kern all unseres Ringens und Strebens. Und das ist auch das Ziel, dem die moderne Arbeiterbewegung ihre Kräfte geweiht hat. Zu diesem Glücke gehört nicht nur das Wohlbestehen in bezug auf die materiellen Lebensbedingungen, sondern auch das Gefühl körperlicher und geistiger Freiheit. Der Mensch bedarf, um sich wohl fühlen zu können, nicht nur eines menschenwürdigen Daseins, wie dies vom Sozialismus erstrebt wird, sondern er will sich auch frei bewegen können und das Joch des Zwanges von sich abschütteln. Manchmal erscheint ihm dieses Freisein von Banden und Fesseln noch viel erstrebenswerter, als das materielle Wohlfühn, und deshalb gibt es Menschen, die den Anarchismus für eine höhere Weltanschauung erachten als den Sozialismus, in dem sie lediglich eine Lösung der Magenfrage erblicken; sie legen mehr Wert auf Freiheit als auf Sattessen. Das ist natürlich eine völlig irriige Auffassung vom Sozialismus, aber so viel steht unbefreitbar fest, daß die Gesellschaft die beste ist, die ihren Gliedern das größte körperliche Wohlfühn und die höchste Freiheit gewährt.

Leider türmen sich in der Praxis, wenn dies Ziel verwirklicht werden soll, mannigfache Schwierigkeiten auf. Im Arbeitsprozeß, sofern hier das Zusammenarbeiten mehrerer Menschen in Frage kommt, ist die Bewegungsfreiheit naturgemäß beschränkt, und diese Beschränkung ist um so größer, je mehr sich ein Betrieb zu einem Automaten entwickelt, in dem jeder Arbeiter nur ein Rädchen ist in diesem Automaten. Auch im sozialen Leben kann von einer schrankenlosen Bewegungsfreiheit keine Rede sein, sondern die Freiheit des einzelnen wird eingegrenzt durch die Rücksicht, die er auf das Wohl der anderen nehmen muß. Es ist nun einmal ein soziologisches Gesetz, daß überall dort, wo Menschen zusammenleben und streben, jeder von ihnen einen Teil seines freien Bestimmungsrechts freiwillig oder gezwungen aufgeben muß. Selbstverständlich steht immer derjenige moralisch am höchsten, der aus freiem Willen heraus dies Opfer bringt, ohne sich erst dazu zwingen zu lassen. Hier stoßen wir auf den Zweifelpunkt zwischen Koalitionsfreiheit und Koalitionszwang.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Arbeiter eines Berufes, falls sie eine höhere Lebenshaltung sowie ein größeres Maß von Recht und Freiheit erstreben, sich zu einer Gewerkschaft zusammenschließen müssen. Eine solche Vereinigung verlangt von ihren Mitgliedern ein Zurückdrängen der privaten Interessen zugunsten der Gesamt-

interessen, sie verlangt Disziplin, Opferfreudigkeit, Solidarität und Gehorsam gegen die Mehrheitsbeschlüsse, sie verlangt, daß ein jedes Mitglied auf einen Teil seiner persönlichen Freiheit verzichtet und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen für sich als bindend erachtet. Sodann fordert eine solche Vereinigung aber auch, daß alle Kollegen ohne Ausnahme Mitglied werden, weil nur durch ein gemeinsames und einmütiges Vorgehen die erstrebten Erfolge zu erreichen sind. Mit vollem Rechte betrachtet deshalb eine Gewerkschaft die unorganisierten Arbeiter und die Mitglieder, die sich den gefaßten Beschlüssen nicht fügen, als Schädlinge und als Verräter an dem Wohl der Kollegen. Dieser Standpunkt muß jedem unparteiischen Menschen als durchaus unanfechtbar erscheinen.

Auch noch von einem anderen Gesichtspunkte aus sind die Gewerkschaften berechtigt, den Beitritt und die tatkräftige Mitarbeit aller Arbeiter des betreffenden Berufes zu fordern. Befandlich nehmen auch die Unorganisierten an den Früchten der Organisationsarbeit teil, und da darf es doch nicht unbillig gescholten werden, wenn ihnen die Pflicht auferlegt wird, auch an der Arbeit teilzunehmen. Die Organisationslosigkeit als eine höhere Form der Freiheit und als das unantastbare Recht eines Arbeiters hinstellen zu wollen, heißt doch weiter nichts, als daß man auf das Schmarokertum, dieses elendeste Menschengewürm, obendrein noch eine Prämie setzt. Ueberall wird es als ehrlos und unmoralisch betrachtet, sich auf die faule Haut zu legen und die Kastanien zu verzehren, die andere Leute aus dem Feuer geholt haben, nur wenn es sich um die Arbeiterorganisation handelt, werden die Schmarokker mit dem Nimbus des Selbsttums umgeben.

Der moralische Zwang, den die organisierten Arbeiter auf die unorganisierten Kollegen ausüben, um sie mit Nachdruck auf ihre kollektive Pflicht hinzuweisen, ist also eine unabweißbare Notwendigkeit, wenn die Aufsichtsentwicklung der Arbeiterklasse weitere Fortschritte machen soll. Der Kampf, den die Arbeiter führen, ein Kulturkampf im edelsten Sinne des Wortes, stellt an jeden einzelnen die Anforderung, daß er Schulter an Schulter mit seinen Kollegen marschiert. Und mag auch der Organisationszwang manchmal gegen die Paragrafen des bestehenden Strafgesetzbuches verstoßen, gegen die Gesetze der sozialen Moral erkeinewegs. Durch den Zwang der Organisation sollen die Arbeiter erst recht frei werden und sich ihr Menschentum

## Die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden.

### III.

Wir setzen unsern Rundgang fort: In der Halle Beruf und Arbeit, Technik und Maschinen sind außer dem Genannten eine Menge von Dingen zu sehen, die schon auf der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen in Charlottenburg zu sehen waren, wie auch Gegenstände aus dem Arbeitsmuseum in München, zweckmäßige Baugerüste, Schutzkleidung usw. Einen großen Raum nehmen die Wohlfahrts-Einrichtungen der Unternehmer ein. Auch einzelne Stadtgemeinden und Baugenossenschaften haben Pläne und Modelle von Wohnhäusern usw. ausgestellt.

Einzelne Betriebe haben Einrichtungen ausgestellt, die „der Hebung der sozialen Lage der Arbeiter“ gewidmet sind: Ledigenheime für weibliche und männliche Arbeiter, Ueberrnachtungslokale, Kranken- und Wöchnerinnenfürsorge und Erholungshäuser, Badeeinrichtungen, Speiseräume und Menage- und Kantineinrichtungen, Einrichtungen für Kinderfürsorge, Haushaltungsschulen. Nur schade, daß keine der hier mit ihren Wohlthaten brillierenden Firmen eine Lohnliste ihrer Arbeiter veröffentlicht hat und die Arbeitszeit. Da würde sich die ganze Wohltat als eitel Schein erweisen. Von realerem Wert und zurzeit außerordentlich aktuell sind die Darstellungen der Einrichtungen eines städtischen Arbeitsamts in München sowie der kommunalen Arbeitslosenversicherung in Straßburg. Interessant sind in dieser Abteilung ferner die Ausstellung einer

Reihe schwedischer Firmen auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt. Sie scheinen uns wertiger protzig dargestellt. Auch die Leistungen der Bau-genossenschaft Hellaerau und der „Freien Scholle“ in Regal sind beachtenswert. Ein großer Teil dieser Ausstellungsgegenstände gehörte freilich logischerweise in die nächste Halle: Anstehung und Wohnung, vor allem die Wohnungsreformversuche.

Interessant ist die Konstatierung einer Firma, die eine Abfaugungs- und Transportanlage für Späne und Staub an Holzbearbeitungsmaschinen ausstellt. Sie sagt, diese hygienische Einrichtung wirke so günstig, daß die Betriebskrankentasse seit ihrer Aufstellung den doppelten Ueberschuß wie früher ergebe.

Wenn nicht noch andere Gründe für diese erfreuliche Erscheinung vorhanden sind — es gibt Betriebe, die die kranken Arbeiter entlassen —, dann beweist das, wie sehr sich derartige Einrichtungen bezahlt machen. Man muß sich dann eben um so mehr wundern, wenn es in den meisten oder sagen wir vielen Betrieben so unendlich traurig mit der Durchführung selbst der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen bestellt ist.

Wir kommen nun zu der Halle Wohnung und Siedlung. Hier sind zahlreiche Beispiele von Bauungsplänen großer Städte vorhanden. Sie erstrecken sich auf gesundheitliche Verbesserungen durch Niederlegen alter Stadtteile, durch Wasserdurchbrüche (ein sehr anschauliches Modell ist von Dortmund dargestellt, eine Glasaufstellung bezeichnet die projektierte neue breite Straße durch die ganze Stadt), durch Hebung zu tief und ungesund gelegener Stadtteile und durch die Schaffung von neuen Ansiedlungen, Gartenstädten. Interessant

sind graphische Darstellungen über die Ausdehnung städtischen Waldbestandes, über das Verhältnis zwischen Einkommen und Miete. Ein Teil der hierher gehörenden Ausstellungsgegenstände ist in andern Hallen zu finden, so ein interessantes Modell einer Chinesenstadt in der populären Halle: Der Mensch. Da sieht man, wie in einem haus hohen Unrathausen mitten in dem armen Stadtbezirk feilenruhig ein Chinese schläft, wie die Hunde schon auf die ihnen durch die natürlichen Stoffwechsel zufallenden „Nahrungsmittel“ warten, und ähnliche hygienische Dinge mehr.

Eine andere Abteilung in der Halle Wohnung und Siedlung ist der Beleuchtung gewidmet; die Städtereinigung zeigt die mehr oder minder hygienische Beseitigung der Abwässer an zahlreichen, teilweise tätigen Modellen. Weitere Abbildungen sind: Haus mit Wohnung, Säben, Möbel. Prächtige Ausstellungen von den luxuriösesten Dingen, die zur Verschönerung des Heims dienen können — wenn der nötige Mamon da ist. Für die Arbeiter sind die Kleinwohnungen berechnet. Eine ganze Reihe von anerkannten Raumkünstlern, wie Niemer Schmidt usw., haben an der Lösung des Problems, dem kleinen Manne mit kleinen Mitteln ein angenehmes Heim zu bereiten, mitgewirkt. Es sind ferner Darstellungen des Schrebergärtnerwesens vorhanden, die allerdings nur ein schwacher Ersatz für das Zummeln in Wald, Luft und Licht sind.

Sehr ausgiebig — d. h. verhältnismäßig — ist die Wasserversorgung der Städte behandelt. Zum Schluß ist noch das Bekleidungsweien zu nennen. Und dann die Unmasse von Verkauf-

erringen. Und wie der Schulzwang des modernen Staates die Kinder zu tüchtigen Menschen erziehen soll, so soll der Koalitionszwang die Arbeiter zu tüchtigen Klassenkämpfern erziehen. Durch Zwang zur Freiheit — das ist die Parole, unter der die Arbeiterklasse in den Kampf zieht.

## Die Lohnbewegung im Leipziger Steindruckgewerbe.

Am 7. September wurde in einer überaus gut besuchten Gehilfenversammlung über den Stand der Bewegung Bericht erstattet. Sechs Firmen haben die Gehilfenforderungen anerkannt, 34 haben sich gar nicht gemeldet und 39, meist Schutzverbands-Firmen, haben durch ihre Zentralkommission mitteilen lassen, daß sie zu Verhandlungen bereit sind. Diese Antwort kam erst in letzter Stunde, ohne Vorschlag über einen Verhandlungsort, über Zeit und Personenzahl der zur Verhandlung bereiten Kommission.

Die Gehilfen sahen mit Recht in dieser „Form“ der Verhandlungs-Bereitschaft eine Verschleppungsstaktik, und die unter den anwesenden Lithographen und Steindruckern vorgenommene Abstimmung ergab 1135 Stimmen für sofortige Kündigung, während 27 gegen die sofortige Kündigung stimmten. (Litho- und Notendrucker, ebenfalls Chemigraphen haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt, weil sie im Tarifverhältnis stehen und Forderungen nicht einreichen können.)

Es wurde beschlossen, alle Ueberstundenarbeit strikte abzulehnen, und je nach dem Verlauf der zu erwartenden Verhandlungen sollen auch andere Orte die Ueberstundenarbeit in Schutzverbands-Firmen einstellen. Eine dahingehende Parole soll vom Verbandsvorstand der Lithographen und Steindrucker herausgegeben werden.

Am 8. und 9. September werden alle Kündigungen eingereicht, die 14 Tage laufen, am 15. und 16. September werden alle die Kündigungen eingereicht, die acht Tage laufen und die ohne Kündigung stehenden Lithographen und Steindrucker legen ebenfalls am 22. und 23. September (je nach Lage des Zahltags) die Arbeit nieder, wenn es nicht gelingt, durch Verhandlungen zur Einigung und damit zur Zurücknahme der Kündigungen zu kommen.

Die Versammlung war von mehr als 2500 Gehilfen besucht und nahm einen imposanten, würdigen Verlauf.

ständen und Industrieausstellungen, in denen die wissenschaftliche Ausstellung fast erstickt . . .

In Halle 55 hat Kleidung und Körperpflege eine Stätte gefunden, ferner Spiel und Sport. Alles, was auf dem letzteren Gebiet in Frage kommt, wird ausführlich und anschaulich dargestellt in den Einzelabteilungen: Kleidung, Bäderwesen, Rasenhygiene. In der letzten Abteilung sind u. a. auf 260 Tafeln mit Tabellen die Grundtatsachen der ungeschlechtlichen und der geschlechtlichen Fortpflanzung dargestellt, die Geschlechtsfähigkeit der Vexerbung, die schädlichen Einflüsse auf die Keimstoffe, insbesondere Alkohol und Syphilis.

Dem Alkoholismus insbesondere ist eine eigene Abteilung gewidmet. Am Eingange zu derselben sehen wir ein Plakat mit der Mahnung: Wasser ist auch zum Trinken da! Natürlich ist auch hier wie schon an verschiedenen anderen Stellen in der Ausstellung in krassen Farben aufgetragen, um recht drastisch zu wirken.

Das Pendant dazu ist in der gegenüberliegenden Halle: Ernährung in der Ausstellung der Brauerunion zu sehen. Dort sucht man an der Hand von friskierten Tabellen darzulegen, daß die Brauer die gesündesten Menschen der Welt sind und an in einem Tempel dargestellten Bildern die Behaglichkeit und Gemütslichkeit des Biertrinkens darzutun. Dabei ist man sogar poetisch geworden, wie folgender Vers zeigt:

Als Deutschland noch ein wildes Land von wenig feinen Sitten,  
Da hat beim vollen Wasserkrug der Frohsinn oft geklitten.  
Dum braute man im Raimondschein  
Den Freudentrunn im Trog von Stein.

Am 6. September nahm unsere Leipziger Mitgliedschaft zur Gehilfenbewegung Stellung.

Nach einem Referat der Kollegin Thiede wurde folgende dem Referat zugrunde gelegte Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 6. September 1911 im „Pantheon“ versammelten Mitglieder der Zahlstelle Leipzig des Verbandes der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands nehmen Kenntnis von der schwebenden Bewegung der Lithographen und Steindrucker Leipzigs und erklären, der Gehilfenschaft in ihrem Vorgehen zur Erreichung ihrer berechtigten Forderungen die möglichste moralische Unterstützung zuteil werden lassen, soweit es das bestehende Tarifverhältnis gestattet. Eine aktive Beteiligung an der Bewegung durch Massenkundigungen oder Arbeitseinstellungen des Hilfspersonals kann in der laufenden Tarifperiode nicht erfolgen, wenn prinzipialseitig die tariflichen Gesetze während der Konfliktdauer in derselben Weise geachtet und durchgeführt werden.“

Die Versammlung beschließt ferner, daß alle im Steindruckgewerbe tätigen Kollegen und Kolleginnen verpflichtet sind, von jedem Vorkommnis, durch welches sie in Mitleidenschaft gezogen werden könnten, ihre Organisationsleitung unverzüglich in Kenntnis setzen und feinerlei Handlungen begehen, die nicht ausdrücklich von der Organisationsleitung und den tariflichen Instanzen angeordnet werden.“

Der Verbandsvorsitzende der Lithographen und Steindrucker, Otto Sillier, erklärte sich mit den Ausführungen der Kollegin Thiede und der Resolution voll einverstanden und erkannte an, daß wir durch unser Tarifverhältnis zu dieser Stellungnahme verpflichtet sind.

In letzter Stunde wird uns mitgeteilt, daß in zwei tarifstreuen Firmen Massenkundigungen des Hilfspersonals erfolgt sind.

Eine beschleunigt einberufene Schiedsgerichtssitzung wird sich mit dem Tarifbruch dieser Firmen beschäftigen. Werden die erfolgten Massenkundigungen nicht zurückgenommen, dann ist der Tarif für das Leipziger Steindruckereihilfspersonal erstlich in Frage gestellt und müßte von dem des Buchdruckereihilfspersonals getrennt werden.

Wir haben mit dieser Möglichkeit gerechnet und sind gerüstet.

Dazu vier „stimmungsvolle“ Bilder.

Natürlich sind eine Unmasse von alkoholfreien Getränken in nächster Nähe ausgestellt, die überall Kostproben abgeben wollen, sobald, wenn man ihren Lockungen folgt, man mit einem veritablen Leibkneipen zur Halle hinausgeht und all die „guten Einbrüche der Abstinenzpropaganda“ wieder zum Teufel sind.

Ein Bienenbolk, durch einen Kanal mit der Außenwelt verbunden, ist in voller wimmelnder Tätigkeit zu sehen. Auch eine ganz beachtliche wissenschaftliche Abteilung ist neben der Unmasse Geschäfts- und Verkaufsstände vorhanden. Durch Tafeln, Präparate usw. soll dem Besucher gezeigt werden, welchen Weg die aufgenommene Nahrung im Körper des Tieres wie des Menschen bis zum Wiederverlassen desselben durchwandert, wie sich die einzelnen Zellen aufbauen usw.

Die Fleischversorgung ist eingehend behandelt. Die Eigentümlichkeiten des Fleisches verschiedener Tiere werden an Präparaten gezeigt: Verarbeitung, Zubereitung und Konservierung. Von der eventuellen Gefährlichkeit des Genusses „nicht koscheren Fleisches“ zeugen zahlreiche krankhafte Präparate. Auch eine Reihe anderer Nahrungsmittelpräparate wirken belehrend namentlich für die Frauen, die ja den Einkauf besorgen. Sie können sehen, wie gesunde und wie kranke und gefälschte Produkte aussehau.

Die Milchversorgung vor allem der großen Städte ist ein soziales und volksgesundheitliches Problem von allergrößter Tragweite. Ihr ist ebenfalls eine Abteilung gewidmet, die alles Wissenswerte zeigt. In einer Reihe von Städten sind in der Erkenntnis von der Wichtigkeit dieser

## Die Arbeiterin und die Mode.

Nachdem die Ursachen, welche die Frau und das Mädchen zum Erwerb und Verdienst nötigen, hinlänglich bekannt sind, soll hier einmal eine andere, gewissermaßen damit zusammenhängende Angelegenheit zur Kritik gelangen, die geradezu im Gegensatz die wirkliche Notlage der Arbeiterin keineswegs erkennen läßt.

Die Kolleginnen möchte ich aber bitten, die wohlmeinende Absicht des Artikelschreibers nicht zu verkennen, auch nicht etwa zu glauben, er sei ein Weiberfeind. Im Gegenteil, es leben in ihm Gefühle für weibliche Schönheit und Eleganz, jedoch muß als Grundlage die Vermögensfrage hierbei mit in Erwägung gezogen werden. Bedenkt man, wie schwer und teuer bei den heutigen Ansprüchen hinsichtlich der Arbeitsleistung die wenigen Mark verdient werden müssen, so nimmt es mitunter Wunder, wenn man sieht, welche Aufwendungen auch von Arbeiterinnen für Kleidung, Putz usw. gemacht werden. Sicher ist, daß der mit der Hände Arbeit erzielte Verdienst für diejenigen, welche diese, wir wollen sagen Modetorheiten, mitmachen, nicht ausreichend sein kann. Jede Saison bietet etwas Neues, dessen Anschaffung unmöglich mit so bescheidenen Mitteln, wie sie der Arbeiterin zur Verfügung stehen, durchführbar sein könnte. Wer zu beurteilen vermag, wie weit z. B. bei unseren Hilfsarbeiterinnen ein wöchentliches Durchschnittslohn von etwa 12,— Mk. (natürlich je nach Ort und Verhältnissen) auskömmlich ist, muß ohne weiteres zugeben, daß nur bei Entbehrung und Verzichtleistung auf sonst dringende Bedürfnisse so etwas möglich ist. Anders, aber vielfach nicht besser liegen die Verhältnisse bei verheirateten Arbeiterinnen, da die Erhaltung der Familie erhöhte Ansprüche fordert. Berechnet man, daß von diesen 12,— Mk. zunächst die gesetzlichen und Verbandsbeiträge abzuziehen sind und alsdann noch Miete, Steuern, der gesamte Lebensunterhalt sowie eventuelle Neuanschaffungen, Reparaturen usw. bestritten werden sollen, so ist unschwer festzustellen, daß mit dem Pfennig gerechnet werden muß, wenn man dabei auch schuldenfrei bleiben will. Es ist durchaus keine Kleinigkeit, mit unzulänglichen Mitteln zu wirtschaften, aber unverantwortlich ist es, wenn für Sachen und Dinge Ausgaben gemacht werden, die unter solchen Umständen nicht unbedingt nötig waren und demnach unterbleiben konnten.

In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse aber

Frage für die Säuglingspflege besonders kommunale Milchverorgungsanstalten gegründet, der Milchhandel ist also der privaten Spekulation entzogen. Modelle und Abbildungen zeigen solche von Duisburg und Malmö (Schweden).

Bei diesem Thema ist als Beweis dafür, wie fürchtbar auf dem Gebiete der Ernährung durch Verfälschung und Einfuhr minderwertiger Nahrungs- und Genussmittel gesündigt wird, angebracht, auf eine im Pavillon Oesterreichs befindliche Tabelle hinzuweisen, nach der in der Stadt Wien folgende Mengen Nahrungsmittel konfisziert werden mußten im Jahre 1909/10: 49 800 Zentner Fleisch und Fleischwaren, 35 500 Zentner Wildbret und Geflügel, 16 800 Zentner Fleisch von Wildbret und Geflügel, 28 400 Zentner Fische und Krebse, 50 000 Zentner Milch und Milchprodukte, 6000 Zentner Fettwaren, 195 000 Kilogramm Obst und Obstkonserven, 140 000 Kilogramm Süßfrüchte, 125 000 Kilogramm Gemüse und Konserven und 16 800 Zentner Pilze.

Guten Appetit! kann man da sagen; denn wer gibt uns Gewähr, daß die Agrarier anderer Länder viel reeller sind als die um Wien wohnenden. Ich glaub's nicht.

In dieser Halle: Ernährung, steht leider eins, für eine Hygieneausstellung das wichtigste, so interessant sie sonst ist: Eine Darstellung der Ernährung des Volks, vor allem des arbeitenden Volks; denn viele der Krankheiten, die in den anderen Hallen so fürchtbare Entwicklung zeigen, wären nicht so weit verbreitet, wenn die große Masse des Volks sich ausreichend ernähren könnte.

anders, und durch jahrelange Beobachtungen ist folgendes festgestellt worden. Von den meisten Arbeiterinnen wird während der ganzen Woche ein richtiges Mittagmahl nicht eingenommen, sondern entweder kalt gegessen oder, wo Gelegenheit vorhanden ist, täglich dreimal Kaffee, Tee oder Kakao gelocht und dazu einige Bröckchen genossen, um nur den Aufwand für Kleidung usw. zu erhöhen. Wie falsch bei angelegter Arbeit diese Unterlassung ist, beweisen die Krankenziffern unserer Kolleginnen, denn mit der Zeit muß eine Unterehrnahrung eintreten, die zumal in jüngeren Jahren den weiblichen Organismus schädigt und nie wieder ausgeglichen werden kann.

Wenn die Kolleginnen vor allem auf ihre Gesundheit und somit Erhaltung der Arbeitskraft mehr bedacht sein und erst in zweiter Linie ihre äußere Erscheinung in Bezug auf Kleidung in Frage stellen würden, so wäre das nur der größte Nutzen für sie selbst. „Wer arbeitet, muß auch essen und zwar genügend, wer das nicht tut, verflucht sich am eigenen Leibe und an seiner Gesundheit!“

Auch vertritt sich die Nachaffung der Modetorheiten schlecht mit dem Stande der Arbeiterin, weil jedermann recht gut weiß, daß die hierzu erforderlichen Mittel fehlen und nur auf Kosten anderer Bedürfnisse beschafft werden können. Ein einfaches, bescheidenes und natürliches Mädchen wird dennoch Verehrer finden, mitunter noch eher wie diejenige, welche in modernster Garderobe einhergeht — weil der Eingeweihte sich immer sagen wird, das steht in keinem Verhältnis — und nur zu leicht sagt man solchen Personen Sachen nach, die begründet oder aber auch unbegründet sind. — „Also schübe man sich vor übler Nachrede!“

Genossin Gradnauer hat seinerzeit in einer Versammlung des Dresdener Hilfspersonals die Modetorheiten in ähnlicher Weise kritisiert und ganz richtig ausgeführt, daß leider auch die Arbeiterinnen über ihren Stand hinaus diesem Uebel frönen. Besonders war es interessant und belehrend, weil eine Geschlechtsgenossin ihre Erfahrungen und Wahrnehmungen auf diesem Gebiete kundgab. Und wahrlich, sie hatte damit Recht, denn in äußerst einfacher Kleidung selbst erschien die Referentin und niemand, der sie nicht kannte, würde eine Frau Doktor in ihr gesucht haben. Auf die einzelnen Punkte ihrer Rede zurückkommend, vertrat sie zunächst den Standpunkt, daß Einfachheit und Bescheidenheit den Menschen zieren und daß man nicht die äußere Erscheinung, sondern den inneren moralischen Wert und die Tatkraft der Person kennen muß, um ein richtiges Urteil abzugeben. Die meisten Arbeiterinnen haben bis heute den Wert der gewerkschaftlichen und politischen Organisation nur teilweise erkannt, weil das Interesse ihnen fehlt und sie lieber anderen ganz unnötigen Dingen oder Sachen ihre Aufmerksamkeit schenken. Die überspannten Modetorheiten werden aber nachgeahmt, es ist das eine Krankheit des weiblichen Geschlechts, die nur schwer bekämpft werden kann. Man sehe nur die wagenradgroßen Hüte (im Dresdener Volksmunde „Wasserkücher“ genannt) mit turmhochem Aufputz, welche kaum gestatten, durch eine schmale Tür zu gehen, diese haben es unseren Damen besonders angetan. Und würde im nächsten Jahre das Untere oben und so umgedreht angezogen oder die Hüte verkehrt aufgesetzt, so meinte humorvoll die Rednerin: „Auch dieses würde unser schönes Geschlecht — weils so modern ist — nachäffen.“ Sie wollte aber nicht unterzucken, wie es teilweise unter den Oberkleidern aussieht, bestimmt könnte man aber annehmen, daß dort manches dem Vergleiche mit außen nicht entspricht. Schuhe mit schiefgetretenen Absätzen passen zu solchem Aufzuge schlecht und ebenso wenig wie defekte Strümpfe und vielleicht ein abgetragener Unterrock oder ein bereits mehrere Wochen getragenes Hemd. Ganz treffend führte die Referentin aus, daß es besser und zweckmäßiger wäre, wenn das aufgewendete sauer erworbene Geld zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft oder für sonst wirklich notwendige Anschaffungen ausgegeben würde. Anstatt dessen werde aber gearbt und gehungert, und man lasse es lieber an Wäsche, Unterkleidern, Schuhzeug oder anderswo fehlen, um zu sparen

und für äußeren Tand und Plunder der Gefallsucht zu frönen oder die Blicke der Männerwelt auf sich zu ziehen.

Wie verfehlt solche Anschauungen und Gewohnheiten sind und dem Verlangen des weiblichen Proletariats nach besseren menschenwürdigeren Zuständen hindernd entgegenstehen, begreifen die meisten Arbeiterinnen nicht, und es bedarf noch vieler intensiver Agitation, um hierin Wandel zu schaffen. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Arbeiterin keinen Gut oder kein Kleid tragen dürfe — durchaus nicht — man soll aber in seinen Mitteln entsprechenden Grenzen sich halten, um nicht falschen Schlüssen Raum zu geben, die den eigentlichen Stand vor der Gesellschaft in anderem Lichte erscheinen lassen und von jener mißverstanden werden. Es ist bekannt, wie die Unternehmer bei Lohnforderungen immer betonen, daß ihre Löhne ausreichend seien und es steht in gewissen Kontraste dazu, wenn Kolleginnen in Garderoben zur Arbeit gehen, in denen alles andere als eine Lohnarbeiterin vermutet werden kann. Ganz abgesehen davon, daß ein urteilsfähiger Mann daraus noch Mutmaßungen zieht, die er natürlich nicht sagt und nur annimmt. Vermutungen, die durch nichts bewiesen, doch aber der Allgemeinheit untergeschoben werden und diese schädigen. Sind es junge unverheiratete Personen, so urteilt man in fittlicher Beziehung, und es kann niemals ein Vorteil für die Bewertung des Standes und der Frauenfrage dabei herauskommen. Das sollten sich die Kolleginnen gesagt sein lassen und danach handeln. — „Besser einfach und bescheiden und genügende Nahrung als übertriebener Aufwand für Kleidung, dabei Hunger und vielleicht Schulden, verbunden mit Sorgen.“

Genossin Gradnauer ging hiernach auf die Frauenarbeit näher ein und betonte, wie wenig diese Modetorheiten geeignet seien, in bürgerlichen und besitzenden Kreisen den wahren Tatbestand des Arbeiterinnen-Glücks im richtigen Lichte zu zeigen. Man müsse sich auf jener Seite sagen, so schlimm stehen die Verhältnisse nicht, da den Arbeiterinnen noch Geld genug übrig bleibe, um sich wie Modebanden kleiden zu können. Wie schwer aber in Wirklichkeit die Frauenarbeit auf dem schwachen Geschlecht lastet und welche Forderungen das Unternehmertum stellt, könne der Deffentlichkeit durch solches Gebaren der Arbeiterinnen nicht näher gebracht werden. Die Zeiten seien ernst, und vielmehr müßten die Frauen darauf bedacht sein, vorwärts zu streben auf dem Wege, der zur Erfüllung ihrer Ideale führt, aber leider sei die Interesslosigkeit und Gleichgültigkeit ein Uebel, woran die deutsche Frauenbewegung noch frante. Für völlig sonst nebensächliche Dinge ist unsere weibliche Generation mehr eingenommen, als für wirklich fortschrittliche Gedanken, positiven Arbeiten und den Kampf um ihre Rechte, in dem die Frauen anderer Nationen den deutschen beschämenderweise vorausgeht. Einzelne Wortämpferinnen vermögen allein nichts zu tun, sondern die Masse müsse von dem Gedanken getragen werden und durch einmütiges Vorgehen das zu erreichen suchen, was den deutschen Frauen bisher vorenthalten wurde. Das richtige Solidaritätsgefühl und proletarische Klassenbewußtsein fehlt der deutschen Arbeiterin noch häufig, und ebenso nachteilig ist für ein Vorwärtstreben die Interesslosigkeit in politischen und sozialen Sachen, alles Bedingungen und Eigenschaften, welche für die Lösung großer Fragen als Gemeingut vorzusehen sind.

Das Weib ist die Krone der Schöpfung und die ihm innewohnende physische Kraft und Gesundheit verbirgt den Fortbestand des Menschengeschlechts; diese sich zu erhalten ist somit die heiligste Pflicht jedes weiblichen Wesens, aber auch der gesamten Gesellschaft, um eine weitere Degeneration des Volkes abzuwenden. Deshalb bedenklich man die Zukunft und Sorge für gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Frauennarbeit, um den Daseinskampf des schwachen Geschlechts nach Möglichkeit zu erleichtern.

Die Ausführungen der Genossin Gradnauer wurden von dem männlichen Teil der Versammlung mit vielem Beifall aufgenommen, während die Kolleginnen ob des Gehörten nicht besonders erdaut waren und wohl herausgehört haben, daß

dieser Schritt die Wahrheit nicht abgesprochen werden kann.

Der Artikelschreiber hielt sich für verpflichtet, diese treffenden Ausführungen der Referentin, welche seinerzeit im Versammlungsbericht nicht aufgenommen wurden, gemäß der gemachten Aufzeichnungen noch zu erweitern, um eine gewissermaßen wertvolle Materie nicht unbekannt zu lassen und andernteils der verdienten Rednerin gerecht zu werden. M. H.

## Korrespondenzen.

**Hannover.** Mitglieder-Versammlung am 30. August. Kollege Sparhülß gab ein Rundschreiben vom Hauptvorstand bekannt, welches sich mit der Beitragsregulierung befaßte und führte noch an, daß die Bekanntgabe der Anträge zu den Allgemeinen Bestimmungen noch nicht erfolgen könne; dieselben aber in der nächsten Mitglieder-Versammlung bekannt gegeben würden. Er sprach sodann noch den Wunsch aus, daß diese Versammlung zahlreich besucht werden möge. Die Abrechnung vom Sommerfest, welche auch Kollege Sparhülß gab, ergab einen Ueberschuß von 99,70 Mark. Im Verchiedenen wies Kollege Sparhülß nochmals auf unser Stiftungsfest hin, welches am 23. September stattfindet und gab bekannt, daß die Karten hierzu eine Minderung erfahren haben, indem der Eintrittspreis im Vorverkauf 10 Pf., an der Kasse aber 15 Pf. beträgt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung sodann ihr Ende.

**Kempten i. Allgäu.** In der am 2. September stattgefundenen gut besuchten Versammlung hielt Kollege Solzer ein Referat über die Lage der Kemptner Hilfsarbeiter-Schaft, am Schluß betonte, daß eine Verbesserung der bestehenden unzureichenden Lohnverhältnisse nur durch ein kräftiges Zusammenwirken Aller ermöglicht werden kann. Der als Gast anwesende Maschinenmeister Maier wies auf das bereits in einer früheren Versammlung zum Ausdruck gebrachte gute Einvernehmen zwischen gelerntem und ungelerten Arbeitern hin, welches noch mehr gefestigt werden kann, wenn die Kolleginnen mehr wie bisher auch Interesse für die von ihnen verlangte Arbeit zeigen. Der Vorsitzende erstattete sodann Bericht über den Verlauf des in Nürnberg stattgefundenen Gantages und schloß nach erfolgter Aufnahme von sieben neuen Mitgliedern die Versammlung.

**Regensburg.** Eine sehr schön besuchte Versammlung fand hier Sonntag, den 3. September, statt und hat gezeigt, daß auch hier die kommende Tarifbewegung bereits ihre Werten schlägt. Unser Ganleiter, Kollege Albert Schmid, behandelte das ganze Wesen unseres Tarifes, begründete die von der Regensburger Kollegenschaft aufgestellten Forderungen zu einem neuen Tarifabschluß und weist auf den Ernst der ganzen Situation hin. Unter keinen Umständen wird aber die Regensburger Kollegenschaft sich wieder wie vor zwei Jahren durch solch schosse Manipulationen der christlichen Organisation der Hilfsarbeiter usw. in ihren Forderungen betren lassen. Sollte diese Gesellschaft wieder ohne irgendwelche Mitglieder aus den Druckereien einen Tarif à la billigen Jakob wie das letzte Mal einreichen und die andern Arbeiter und Arbeiterinnen dadurch schädigen wollen, so können sie auch die Folgen auf sich nehmen, denn wir werden unsern Weg gehen und das zum Leben Notwendige fordern mit allen Konsequenzen, die daraus entstehen. Mögen die Herren Prinzipale sich bei den schwarzen Lebensmittelverbreitern und Volksbetrügnern bedanken. Die Kollegenschaft versprach, fest hinter dem Verbands stehen zu wollen und unablässig zu agitieren, bis auch der letzte Kollege und die letzte Kollegin dem Verbands angehört. Die Tarifvorlage wurde einstimmig angenommen und mehrere Kolleginnen aus einer Firma, wo unser Verband bisher noch nicht Fuß fassen konnte, traten demselben als Mitglieder bei.

## Versammlungskalender.

**Erfurt.** Mitglieder-Versammlung am Montag, den 18. September 1911, 8½ Uhr abends, im Lokale Iwols. Tagesordnung: Geschäftliches und Berichtendes. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

## Statistik.

Bei der Zusammenstellung der Arbeitslosenstatistik für den Monat August schickten die Angabern aus den Zahlstellen Erfurt, Sanaa, Solingen und Weimar.

## Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Jena.

k. r. Am Freitag und Samstag vor dem diesmaligen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Jena fand dort auch eine Konferenz der sozialdemokratisch organisierten Frauen Deutschlands statt. Sie war zahlreich besetzt und nahm einen durchaus würdigen und einheitlichen Verlauf. Die beiden ersten Vertrauenspersonen der Genossinnen, Louise Zieß und Ottilie Baader aus Berlin, konnten in ihrem Bericht einen sehr erfreulichen Aufschwung der sozialdemokratischen Frauenbewegung konstatieren. Erst vor ein paar Jahren, auf dem Parteitage in Nürnberg, betrug die Zahl der politisch in der Sozialdemokratie organisierten Frauen und Mädchen 29 000. Gegenwärtig ist ihre Armee bis auf 108 000 in die Höhe gegangen. In die schwierigsten Gegenden bringt die sozialdemokratische Frauenbewegung ein. Überall gibt sie lebendigen, neuen jungen Kräften, die sich regen, die Möglichkeit der intellektuellen Weiterentwicklung.

Die frischen, sicheren Debatten der Abgeordneten dieser Frauen waren denn auch fast ausschließlich der Suche nach neuen Mitteln und Wegen zu noch intensiverer Agitation gewidmet. J. B. bei Ausgestaltung der Frauen-Feste und Diskussionsabende können diese ganz sicherlich im Laufe der Jahre in noch viel größerem Maße als bisher zur Stätte der Schulung und der Weiterentwicklung für unsere Frauen werden. Doch ein weiterer Ausblick: Durch die Anstellung von Parteisekretären (in der Zeit von einem halben Dutzend Jahren sind über 100 männliche Parteisekretäre eingestellt) hat die Partei ganz bedeutende Fortschritte gemacht. Jetzt ist auch die Frauenbewegung soweit gebieter, das ganz selbstverständlicherweise die Forderung aufstaut, die Parteisekretariate durch die Anstellung weiblicher Sekretarinnen zu erweitern und zu vervollständigen.

Kollegin Gertrud Hanna als Vertreterin der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands referierte eingehend über Wert und Erfolg der Beschwerdelokommission und gab durch ihre reiche Erfahrungen Anregungen, wie diese notwendige Hilfsinstitution weiter ausgebaut und den erwerbstätigen Frauen und Mädchen dienstbarer gemacht werden kann.

In der Morgen Sitzung des zweiten Tages zog die Konferenz das Fazit aus den Debatten des ersten Tages. Sie beschloß, in Würdigung der vorzüglichsten Resultate, die der sozialdemokratische Frauentag am 19. März d. J. gesetzt hat, im Jahre 1912 erneut einen solchen Frauentag zur Propagierung des Frauenwahlrechts für das ganze Reich stattfinden zu lassen. Weiter sollen bei Eröffnung des Reichstages die Frauen in öffentlichen Versammlungen einen Massenprotest gegen den Lebensmittelwucher infolge der Steuern und Zölle entfachen und die Aufhebung der Lebensmittelzölle und Öffnung der Grenzen fordern. Die Konferenz verpflichtete ferner alle Teilnehmerinnen, sich eingehend mit dem Borentwurf zum Strafgesetzbuch zu befassen und zur gegebenen Zeit überall in die Agitation gegen dies reaktionäre Gesetzeswerk einzutreten. Ebenfalls wurde zur tatkräftigen Teilnahme an den Krankenassistentenwahlen aufgefordert. Dann wandte sich der Kongreß gegen das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderschutzgesetz, das nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder genügt. 225 000 Kinder werden in Deutschland trotz des Kinderschutzgesetzes erwerbsfähig beschäftigt. Der Kongreß forderte die notwendigen Maßnahmen von der Regierung, forderte aber auch die Parteigenossen in Stadt und Land auf, in der Beseitigung der Kinderarbeit mit gutem Beispiel voranzugehen, indem

sie ihre eigenen Kinder von jeder Erwerbsarbeit fernhalten. Durch die skandalöse Behandlung, welche die Frage des Mutter- und Säuglings-schutzes in der Reichsversicherungsordnung erfuhr, stellte die Konferenz dann auch noch einmal die großen, vom wirklichen Verständnis der sozialen Frauennot diktierten Forderungen auf, die als das Minimum einer Mutter- und Säuglingsfürsorge durch die Versicherungs-gesetzgebung angesehen werden müssen.

In der Nachmittags-sitzung nahm die Konferenz das Referat über die Frauen und die Reichstagswahlen von Clara Zetkin entgegen, die in vorzüglicher Rede bei allen Teilnehmerinnen hohe Begeisterung erweckte. Den Schluß der Verhandlungen bildete das von der sichersten Beherrschung der Materie Zeugnis abgebende Referat der Genossin Wedl-Berlin über die Frauen und die Gemeindepolitik.

Wir geben allen in der praktischen Arbeit tätigen Genossinnen und Genossen den dringenden Rat, diese beiden vorzüglichen Referate, sobald das Protokoll des Parteitages erscheint, nachzustudieren. Samstag um 7 Uhr abends wurde die Konferenz geschlossen. Sie hat gute Arbeit geleistet und in bester Weise neue Anregungen gegeben für die agitatorische und praktische Tätigkeit der nächsten Zeit. Genossin Zieß forderte in einem packenden Schlußwort alle Teilnehmer auf, das Beste für die Bewegung zu leisten.

## Der Klassenkampf in England.

Der große Kampf im englischen Transportgewerbe, der das wirtschaftliche, soziale und politische Leben des britischen Inselreiches bis ins Mark erschütterte, ist beigelegt. Es geschah noch rechtzeitig, denn England stand unmittelbar vor der Katastrophe. Hätte die Regierung gegenüber den selbstherrlichen Direktionen der Eisenbahnen, die jede Verhandlung mit den Gewerkschaftsvertretern ablehnten, nicht noch in letzter Stunde ein entschiedenes Wort gesprochen und dadurch die Wege zum Friedensschluß und wenigstens zum Waffenstillstand geebnet, dann wäre der Bürgerkrieg die unabwendbare Folge der halbsittigen Unnachgiebigkeit der privatkapitalistischen Eisenbahngesellschaften gewesen. Vor dieser schlimmsten Gefahr blieb Großbritannien verschont. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen und der Verkehr, die Nahrungsmittelzufuhr und das ganze Wirtschaftsgetriebe funktionieren wieder in normaler Weise. Das große Ringen ist zu Ende. Nimmermehr ist es an der Zeit, einen Blick auf die Ursachen, den Verlauf und die Begleiterscheinungen des Kampfes zu werfen und die nötigen Schlußfolgerungen und Aufgabenstellungen daraus zu ziehen.

In den Schichten der unqualifizierten Arbeiter Englands gährt es schon lange. Während sich die qualifizierten Arbeiter starke und widerstandsfähige Organisationen geschaffen haben, mit deren Hilfe sie ihre Lage zu verbessern oder wenigstens die Verteuerung der Lebenshaltung auszugleichen vermochten, hat die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu starken Kampfverbänden in den Massen der ungelerten Arbeiter nur in geringem Umfange Wurzel geschlagen. Infolgedessen fanden diese Arbeiterschichten der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, die sich während der letzten Jahre in England ebenso fühlbar machte wie in Deutschland, fast ganz wehrlos gegenüber. Während die Erhöhung der Lebensmittelpreise usw. auf 18 bis 20 Prozent zu veranschlagen ist, sind die Lohnverhältnisse ziemlich konstant geblieben. Die unqualifizierten Arbeiter litten also schwer unter einer außerordentlich fühlbaren Verschlechterung ihrer gesamten Lebenshaltung.

Ferner entbehrten sie auch eines wirksamen gesetzlichen Arbeiterschutzes. In bezug auf soziale Reformen gingen die gesetzgebenden Körper-

schaften erst sehr spät und dann noch ungemein zaghaft vor. Die treibende Kraft einer starken politischen Arbeiterpartei, der in Deutschland zum guten Teil die sozialpolitische Gesetzgebung zu danken ist, fehlte. In jüngster Zeit wurden allerdings auch in England durch die Einführung von Altersrenten, die Ordnung der Arbeitsvermittlung und die Regelung der Heimarbeit Schritte zum Arbeiterschutz getan; aber infolge ihrer Jugend konnten sie nur wenig fühlbar wirken. Die Verwirklichung der großzügigen Pläne der Regierung zur Schaffung einer umfassenden Arbeiterversicherung, die inzwischen schon wieder stark verwässert worden sind, liegt außerdem auch noch sehr im weiten Felde.

Neben diesen Verhältnissen trugen noch mancherlei andere Umstände zu einer gewaltigen Häufung des Zündstoffes in der englischen Arbeiterschaft bei. Die letzten schweren Wahlkämpfe zwischen den Liberalen und Konservativen konnten natürlich auch auf das englische Proletariat trotz seiner notorischen politischen Indifferenz nicht ohne jede Wirkung bleiben. Die Geister wurden aufgerüttelt und zum Nachdenken über die Lage der Arbeiterklasse gedrängt. Das Trostlose und Unwürdige dieser Lage mag auch durch die große Hitze im Juli und in der ersten Hälfte des August der schwererschaffenden Masse der ungelerten Arbeiter erst richtig zum Bewußtsein gekommen sein. Alle diese Umstände mußten aber eher oder später zu einer gewaltigen Entladung führen.

Den Anfang bildete der Streik der Dockarbeiter im Londoner Hafen, der Ende Juli ausbrach und 30 000 Arbeiter umfaßte. Er endete mit einem vollen Siege der Streikenden; am 6. August mußten die Unternehmer Lohn-erhöhungen und Arbeitszeitverlängerungen zugestehen. Inzwischen waren aber auch die Londoner Lastfuhrleute in den Kampf getreten. Da eine Einigung zwischen diesen und ihren Gegnern vorerst nicht erzielt wurde, verharren auch die Dockarbeiter aus Solidarität im Auslande. Den Lastfuhrleuten schlossen sich die Leichterbotsführer, Steuer- und Kohlenträger an, wodurch die Zahl der kämpfenden bis auf 100 000 stieg und die Nahrungsmittelzufuhr für die gewaltige englische Metropole völlig unterbunden wurde; nur die Versorgung der Krankenhäuser war von den kämpfenden Arbeitern offen gelassen worden. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung fanden weitere Verhandlungen statt, die innerhalb einer Woche, und zwar bis zum 14. August, zu einer die Streikenden befriedigenden Einigung auch für die letzten in den Kampf getretenen Gruppen führten.

Noch bevor jedoch in London die Arbeit wieder vollständig aufgenommen war, traten auch die Transportarbeiter, besonders die Lastträger, Bahnhofsarbeiter usw. in Hull, Manchester und anderen großen Städten in den Ausstand. In Liverpool sperrten die Unternehmer die Hafenarbeiter aus, was durch Solidaritätsstreiks der Arbeiterschaft des gesamten übrigen Transportgewerbes der Stadt beantwortet wurde. Da sich die Polizei in ähnlicher herausfordernder Weise benahm wie seinerzeit die Berliner Schutzmannschaft bei dem Streik der Arbeiter einer Kohlenfirma im Berliner Stadtteil Moabit, kam es auch in Liverpool zu großen Massenansammlungen und zu blutigen Zusammenstößen. Wie in Moabit, so waren auch in Liverpool die Streikenden selbst an den Tumulten nicht beteiligt, sondern hauptsächlich das Lumpenproletariat, das durch die polizeilichen Maßnahmen aus seinen dumpfen Wohnhöhlen herausgelockt worden war. Die englische Presse hebt diese Tatsache ausdrücklich hervor. Wir sehen also auch in diesem Falle, wie durch das ungeschickte Eingreifen der Polizei allerlei lächerliches Gesindel auf den Plan gerufen wurde, das dann seinen Trieben durch schwere Ausschreitungen die Zügel schießen ließ.

Neben den Hafenarbeitern traten in London und vielen anderen Orten die Eisenbahner in den Kampf zur Verbesserung ihrer Lage, die ebenso unbefriedigend wie im übrigen Transportgewerbe ist. Die Eisenbahnen sind nicht wie in Deutschland staatlich, sondern sie befinden sich in den Händen des Privatkapitals, das natürlich soviel als möglich Profit aus ihnen herauszuwirtschaften sucht, wobei die Angestellten und Arbeiter die Kosten zu tragen haben. Letztere werden bei einer zwölf- und mehrstündigen Arbeitsdauer mit Wochenlöhnen von 20 bis 30 Schilling (gleich ebensoviel Mark) abgepeist. Die Eisenbahnverwaltungen lehnten nach Art der Scharfmacher in der deutschen Metallindustrie die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern, die sich der überall aufflammenden meist wilden Streiks annahm, kurzerhand ab. Das schlug dem Faß den Boden aus. Am 17. August wurde durch die Eisenbahnergewerkschaften der Generalstreik der englischen Eisenbahner proklamiert, der in kurzer Zeit zur völligen oder teilweisen Stilllegung der Hauptlinien und zur Schließung von 13 Londoner Bahnhöfen führte. Am 19. August wurde die Zahl der ausständigen englischen Transportarbeiter bereits auf eine Viertelmillion geschätzt.

Dieses gewaltige Emporflammen der Ausstandsbevegung brachte die englische Regierung endlich zur Besinnung. Bis zu dieser Zeit hatte sie der provozierenden Ablehnung der Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern durch die Unternehmer nicht nur tatenlos zugehört, sondern auch den Scharfmachern durch ihre Haltung gegenüber den Arbeitern noch das Rückgrat gestieft. Während also das Unternehmertum in diesem Kampfe durch die Regierung direkt begünstigt wurde, bot letztere gegen die um eine geringe Aufbesserung ihrer verzwweifelten Lage ringende Arbeiterschaft nicht nur den Mittel, sondern auch das Militär auf. Als wenn ein derartiger Verzweiflungskampf der getretenen Massen durch den Polizeinüppel oder durch Pulver und Blei erstickt werden könnte! Die Unmöglichkeit eines derartigen wahnwichtigen Beginnens hat die englische Regierung noch rechtzeitig erkannt. Sie brängte die Unternehmervertreter in den Verhandlungssaal, wo sie sich mit den Vertretern der Gewerkschaften zu Verhandlungen über die Forderungen der Arbeiter herbeilassen mußten.

In der Nacht vom 19. zum 20. August kam es zur Einigung auf folgender Grundlage: Alle durch Ausstand oder Aussperrung in den Kampf verwickelten Eisenbahner und sonstigen Transportarbeiter sollen sobald als möglich wieder eingestellt werden, ohne daß jemand wegen Kontraktbruchs gerichtlich belangt oder sonstwie bestraft werden darf. Alle anderen Fragen und Forderungen sollen sofort nach Wiederaufnahme der Arbeit durch Verhandlungen zwischen Vertretern beider Parteien geregelt werden. Am 20. und 21. August wurde auf Grund dieser Abmachungen die Arbeit allgemein wieder aufgenommen, obgleich sich in manchen Orten infolge der verärrterischen Auslegung der Bestimmung über die Wiedereinstellung durch die Unternehmer Schwierigkeiten ergaben, die aber durch das energische Auftreten der Gewerkschaften bald wieder beseitigt wurden.

Sekundäre Vorteile hat also die Vereinbarung über den Abschluß des Generalstreiks den Arbeitern vorerst nicht gebracht. Diese werden sie sich erst sichern können, wenn sie geschlossen als organisierte Gewerkschaftler hinter den Männern stehen, die ihre Forderungen bei den ferneren Verhandlungen den Unternehmern gegenüber vertreten werden. Bis jetzt waren die Transportarbeiter noch sehr schwach organisiert. So gehörten von den 610 000 Eisenbahnern den sieben Gewerkschaften, die zur Wahrung ihrer Interessen bestehen, nur 116 214 an. Von der ungeheuren Zahl der Seelente, Dock- und Werftarbeiter waren in 34 Gewerkschaften nur 71 636 und von den Straßenbahnern in 17 Verbänden gar nur 42 691 organisiert. Dieser geringe Prozentsatz von Organisierten im englischen Transportgewerbe macht neben der schon erwähnten gedrückten Lage dieser Arbeiterkategorie auch das wilde, planlose Aufflackern zahlreicher

Streiks, von denen viele ebenso schnell wieder ergebnislos verlöschten, und die Disziplinlosigkeit der großen Masse der kämpfenden erklärlich. Wären die englischen Transportarbeiter stark organisiert und durch die Gewerkschaft für den Klassenkampf geschult gewesen, dann würden die Kämpfe zweifellos einen anderen, zielführender und dadurch erfolgreicher Verlauf genommen haben.

Mit dem Clan allein erringt man eben nicht den Sieg im wirtschaftlichen Kampfe; das hat der englische Niesenstreik wieder einmal gezeigt. Hoffentlich wird diese Lehre auch von den Arbeitern erkannt und beherzigt. Sie können dadurch den kommenden Verhandlungen noch eine Richtung geben, die ihnen noch nachträglich einen vollen klingenden Erfolg ihres Ringens verbürgt.

Hindernd für die planvolle Durchführung der Bewegungen wirkte aber zweifellos auch die Zersplitterung des geringen Prozentfases der Organisierten in nicht weniger als 58 verschiedene Verbände. Wenn die Gewerkschaften dieses Uebel sobald als möglich durch die Vereinigung zu einer großen und allumfassenden Transportarbeiterorganisation beseitigen würden, dann werden es die ihnen gegenüberstehenden Unternehmer schwerlich noch einmal wagen, sie als nicht vorhanden zu betrachten und alle Verhandlungen mit ihren Vertretern abzulehnen, wie es bei diesem Kampfe geschehen ist. Vorerst hat dieser den Arbeitern allerdings die Anerkennung der Gewerkschaften als ihrer berechtigten Interessenvertretung durch die Unternehmer eingetragen. Das ist zweifellos ein gewaltiger ideeller Erfolg, der nicht gering zu veranschlagen ist. Wollen Wert kann er aber nur durch die Beherzigung der Hauptlehren des Kampfes erhalten, also durch die Stärkung der Gewerkschaften und ihre Zusammenfassung zu einer respekt einflößenden Zentralorganisation.

Das spontane Aufflackern des Widerstandes der unorganisierten Arbeitermassen sollte aber doch auch den Unternehmern aller Länder zu denken geben. Es sollte ihnen zeigen, daß sich die Ausbeutung der Arbeiter über einen gewissen Grad hinaus nicht steigern läßt und daß der Versuch, es trotzdem zu tun, zu gewaltigen Ausbrüchen des unterdrückten und getretenen Menschentums führen muß. Das rücksichtslose Ausbeutertum wurde durch den englischen Niesenstreik gewarnt! Ob es diese Lehre des gewaltigen Ringens verstehen und beherzigen wird?

## Rundschau.

**Streitposten und Strafenordnung.** Bekanntlich versuchen einzelne Polizeibehörden immer wieder, mit Hilfe der Strafenordnungen das sonst nicht zu verbietende Streitpostensuchen zu unterbinden oder, wenn dies nicht geht, die Streitposten zu schikanieren. So hatte während des Caféellernstreiks in Hamburg ein Schutzmann von einem Volkstrotzettelverteiler verlangt, daß er die vom Publikum weggeworfenen Zettel wieder aufheben solle, und als dieser sich weigerte, der Anordnung des Schutzmanns nachzukommen, war er auf Grund der Bestimmungen der Samburgere Strafenordnung in Strafe genommen worden. Während die beiden ersten Instanzen die Strafverfügung bestätigten, sprach ihn das hanfsatische Oberlandesgericht frei, indem es u. a. ausführte:

„Die Gehorsamspflicht ist keineswegs unbegrenzt. Voraussetzung der Anwendbarkeit des § 81 der Strafprozess-Ordnung ist, daß die Anordnung im Rahmen der in § 80 genannten Zwecke ergangen ist. Das angefochtene Urteil nimmt an, daß der Schutzmann seine Anordnung zum Zwecke der Erhaltung der Reinlichkeit getroffen habe. Das ist offenbar wörtlich nicht zutreffend. Denn die Strafe war durch das Fortwerfen der Zettel bereits verunreinigt, als der Befehl des Schutzmanns erging und, was er bezweckte, war die Wiedereinstellung der Reinlichkeit.“

Des weiteren wird dann ausgeführt, daß eine Anordnung des Schutzmanns zur Wiedereinstellung der Reinlichkeit doch immer nur gegen die Person gerichtet sein dürfe, die die Verunreinigung verursacht habe. Auch müsse gefordert werden, daß die Anordnung der Verunreinigung unmittelbar folge; ebenso müsse der Begriff des Verschuldens, um eine unzulässige Ausdehnung des Anordnungsrechts zu verhüten, eng ausgelegt werden. In allen diesen Voraussetzungen fehle es aber hier. —

Die „Soziale Praxis“, der wir diese Notiz entnehmen, bemerkt mit Recht hierzu, daß das Ergebnis dieser Haupt- und Staatsaktion immer nur wieder ist: Faust für die Staatskassie auf der einen Seite und ein ausgiebiger Nattationsstoff auf der anderen Seite.

**Anerkennung gewerkschaftlicher Arbeiterschutzbefreungen.** Der Verband der Steinseher hatte auf der vorigen Weltausstellung in Brüssel eine Muster-Baubude für Straßenbauarbeiter ausgestellt. Dem Verband ist dafür das Diplom zur goldenen Medaille von der Ausstellungsjury zuerkannt worden. Für den genannten Verband waren bei der Ausstellung natürlich nicht die üblichen Wettbewerbsrückichten maßgebend. Der zweite internationale Straßentongreß, der zurzeit der Ausstellung in Brüssel tagte, hatte jedoch eine Sonderausstellung im Rahmen der allgemeinen Ausstellung veranstaltet. Diese Gelegenheit benutzte der Verband der Steinseher, um einmal den Straßenbautechnikern aller Kulturländer zu zeigen, welche bescheidenen Ansprüche die Arbeiter des Straßenbaues an den gewerblichen Arbeiterschutz stellen und wie wenig bis jetzt davon erfüllt ist. Diesen Zweck hat die Ausstellung der Baubude tatsächlich erfüllt. Sie ist Gegenstand eingehender Betrachtung gewesen und hat in mehreren Fachblättern des In- und Auslandes eine ausführliche Besprechung erfahren. Der Verband ist Mitglied der ständigen Vereinigung zur Veranstaltung internationaler Straßentongresse, die ihren Sitz in Paris hat und der neben den meisten Straßenbau-technischen Körperchaften auch die meisten Regierungen angehören. Der Kongreß und die mit ihm verbundene Ausstellung bot den Arbeitern des Straßenbaues mithin die denkbar beste Gelegenheit, ihre Ansichten über den notwendigen Arbeiterschutz zum Ausdruck zu bringen. Da auch der deutsche Reichskommissar für die Weltausstellung den prämierten Verband zu der empfangenen Auszeichnung beglückwünschte, so darf man hoffen, daß nunmehr das Tempo des Straßenbauarbeiterschutzesverbandes ein etwas lebhafteres werden wird?

Ein schweres Brandunglück hat sich in der Buchdruckerei Spring u. Fahrenholz in Berlin ereignet. Zwei Hilfsarbeiter waren beauftragt, in einem im Dachgeschoß gelegenen Raum künstliches Terpentin abzufüllen. Sie verschlossen von innen die Zugangstüre, um, wie in der Tagespresse behauptet wird, nicht beim Zigarettenrauchen überrascht zu werden. Infolge einer Unvorsichtigkeit soll nun der Terpentinbehälter in Brand geraten und explodiert sein. Während sich der eine der Kollegen, trotz erlittener schwerer Brandwunden noch über das Dach retten konnte, war dies dem zweiten nicht mehr möglich, er blieb in dem brennenden Raume zurück und verbrannte bis zur Unkenntlichkeit. Bezeichnend bei diesem bedauerlichen Unglücksfall ist, daß man sofort daran geht, den Verunglückten die Schuld zuzuschreiben, ohne dies im ersten Augenblick einwandfrei feststellen zu können, aber mit keinem Wort erwähnt, daß man in erster Linie so feuergefährliche Materialien nicht in einem Dachgeschoß aufbewahrt und obenrein in Behältern, die nicht feuer- und explosionsicher sind. Denn wäre das der Fall gewesen, hätte sich das Unglück trotz eventuell begangener Unvorsichtigkeit nicht ereignen können. Aber in dem genannten Betrieb scheint verschiedenes sehr faul zu sein, sonst hätte die Gefährdungsleitung keine so große Abneigung gegen das Eindringen von organisiertem Personal.

## Eingegangene Druckschriften.

Sieben ist im Verlag von J. S. W. Dieß Nachf. in Stuttgart erschienen: **Kann die Erde untergehen?** Betrachtungen über die kosmische Stabilität unseres Erdenlebens von Felix Linde. Vierzehntes Bändchen der Kleinen Bibliothek. 134 Seiten. Klustriert. Preis brochiert 75 Pf., gebunden 1 Mt. Vereinspreis 50 Pf.

Im Anschluß an sein von der Presse und den Lesern äußerst günstig aufgenommenes Bändchen „Ist die Welt bewohnt?“ (Nr. 9 der Kleinen Bibliothek) gibt der Verfasser in der vorliegenden Schrift „Kann die Erde untergehen?“ eine interessante Abhandlung über die kosmischen Gefahren, die dem einzelnen Weltteil drohen, und den ewigen Kreislauf des Werdens. Alles in allem ein belehrendes Buch, das den Leser in gewählter, verständlicher Sprache über das Entstehen und Vergehen im Kosmos unterrichtet.

**Anarchismus und Sozialismus.** Von Georg Wehmanow. Dritte durch ein Vorwort erweiterte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H. Preis 1.— Mt., Volksausgabe 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.